



2003/24 webredaktion

<https://jungle.world/artikel/2003/24/nichts-ist-endgueltig>

»Nichts ist endgültig«

Von **thorsten fuchshuber und danièle weber**

Ein Gespräch mit theodor bergmann über den 17. Juni, seine Biografie als Jude und Kommunist in Deutschland und die Irrwege des Sozialismus

Der Arbeitskampf

Die westliche Geschichtsschreibung bezeichnet den Aufstand vom 17. Juni als »Volksaufstand«, der die Wiedervereinigung zum Ziel hatte, während im Osten die Version verbreitet wurde, westliche Agenten hätten versucht, eine Konterrevolution anzuzetteln. Was waren aus Ihrer Sicht die Motive der Beteiligten?

Für meine Begriffe war der Aufstand eine Sache der ostdeutschen Arbeiter in den großen Städten. Sie waren zutiefst unzufrieden mit der Art, wie der Sozialismus aufgebaut werden sollte, forderten verbesserte Lebensbedingungen und protestierten gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen.

Aber sowohl die Führung der Gewerkschaften als auch die Führung der Partei und des Staates haben sich nicht dafür interessiert, wie unzufrieden die Menschen waren. Die SED hat den Fehler gemacht, dass sie diese Revolte zu einem faschistischen Aufstand erklärt hat, zur Konterrevolution.

Die westdeutschen Kapitalisten und Historiker haben es dann leicht gehabt, dies als einen Aufstand für die Wiedervereinigung darzustellen. Die ostdeutschen Arbeiter wollten jedoch weder eine Privatisierung, noch wollten sie eine so genannte Wiedervereinigung.

Es gab Mobilisierungen wie in Bitterfeld und in thüringischen Städten, wo die westdeutsche Nationalhymne gesungen und Forderungen nach »nationaler Einheit« laut wurden. Wie stark schätzen Sie diese deutschnationale Strömung ein?

Ich glaube, auch daran ist die politische Führung schuld. Sowohl die SED wie auch die KPD haben jahrelang für ein vereinigtes Deutschland gekämpft. Ich habe das von Anfang an abgelehnt. Ich habe mich gefreut, dass es zwei Deutschländer gab, weil damit der deutsche Kapitalismus einen Teil seines Machtbereichs verloren hatte. Sicher hat es auch Leute im Osten gegeben, die auf den Westen gehofft haben. Doch erst als die Auseinandersetzung um die Arbeitsnormen immer heißer wurde, nahm sich der Westen der Sache an. So hat etwa der Rias, der antisowjetische Rundfunk von Westberlin, versucht, diese Geschichte mit sozialer

Demagogie weiterzutreiben, und damit manche Arbeiter verwirrt.

Es haben sich auch Arbeiter aus Ostdeutschland an den Rias gewandt, mit dem Wunsch, ihre Forderungen zu verbreiten.

Das ist mir nicht bekannt, doch es ist durchaus möglich. Auch Moskau hat von der Sache gewusst. Die Moskauer Gesprächspartner hatten Otto Grotewohl und Walter Ulbricht gesagt: Ihr müsst das ändern. Doch erst nach dem 17. Juni hat sich die DDR-Führung in einer Sitzung des Zentralkomitees und des Politbüros mit den Arbeitsnormen beschäftigt. Das war zu spät, und so konnte sich der Rias zum Sprecher der arbeitenden Menschen machen, was der Sender sonst nie war.

Wie war das gesellschaftliche Klima vor dem 17. Juni?

Ich habe öfter die DDR ohne Genehmigung der SED und der sowjetischen Behörden besucht und hatte engen Kontakt mit meinen dortigen Freunden. So wusste ich, welche Bedingungen dort herrschten. Man konnte sich zum Sozialismus bekennen, man konnte aber nicht sagen, dass die Politik der Partei falsch war.

Wie haben Sie den 17. Juni erlebt?

Ich war ja im Westen und habe mir gedacht: Es ist traurig, dass die SED-Führung nicht versteht, wo die Arbeiter der Schuh drückt. Ich habe mich auch gewundert, dass die SED nicht einmal die Mahnungen aus Moskau gehört hat, wo man nach dem Tod Stalins sensibler für Probleme war.

Haben Sie das öffentlich kritisiert?

Ich habe mich damals nicht öffentlich geäußert.

Warum nicht?

Nicht dass ich nicht wollte. Ich war seit dem Frühjahr 1952 nicht mehr der verantwortliche Redakteur der Zeitschrift Arbeiterpolitik, die ich mitgegründet habe. Wo sonst hätte ich mich äußern sollen? Niemand hätte damals etwas von mir gedruckt. Als ich nachher Gelegenheit hatte, habe ich etwas geschrieben.

Wurde mit der Niederschlagung des Aufstands die endgültige Niederlage des Sozialismus in der DDR eingeleitet?

Es gibt nichts Endgültiges in der Geschichte, es gibt immer wieder Weichenstellungen.

Und in Bezug auf die DDR?

Auch in der DDR gab es nichts Endgültiges. Ich habe natürlich gehofft, dass die Leute dazulernen. Ich habe 1956, als Chruschtschow die Stalinverbrechen aufgedeckt hat, gehofft, dass die DDR sagt: »Da sind Verbrechen begangen worden und einige unserer Köpfe waren auch daran beteiligt.« Zwar hat es keine Moskauer Prozesse wie bei Stalin gegeben, aber man hat Leute, die parteitreu waren, für viele Jahre eingesperrt. Und 1985, als Gorbatschow eine Reform versucht hat, hätte man die Dinge ebenfalls wieder wenden können. Erst als die großen Helden des Politbüros die Grenzen aufgemacht haben, waren alle Chancen vertan.

Häufig wird der 17. Juni in eine Linie mit dem November 1989 gestellt.

Ich finde das völlig illegitim. Es ist einmalig in der Geschichte, dass ein Streik der Arbeiter zu einem Nationalfeiertag in einem anderen Land erklärt wurde. Damit wurde versucht, das zu okkupieren, was ostdeutsche Arbeiter geleistet haben. Heute hören wir täglich, wie schädlich Arbeiterstreiks seien, also das Gegenteil von dem, was man nach 1953 gesagt hat. Das zeigt die Heuchelei und die Verlogenheit der bürgerlichen Historiker und Medienfachleute.

Kommunist und Jude

Sie wurden 1916 in Berlin als Sohn eines Rabbiners geboren und waren schon früh mit sozialistischem Gedankengut vertraut. Wie kam es zu ihrer frühen Politisierung?

Mein Vater hat wenig Einfluss auf uns gehabt, eigentlich gar keinen. Durch zwei Dinge bin ich stark beeinflusst worden: erstens durch meine fünf älteren Brüder. Ich war das siebte von acht Kindern. Zweitens durch unsere politische und gesellschaftliche Umwelt, durch das rote Berlin, durch die Demonstrationen und durch die reaktionäre Schule, die mich immerzu veranlasst hat zu widersprechen. Meine Brüder haben mir beim Widerspruch gegen reaktionäre Lehrer geholfen, und so bin ich allmählich in die Arbeiterbewegung hineingekommen.

Sie waren nahezu von Anfang an Mitglied der Kommunistischen Partei-Opposition (KPD-O). Wer waren die führenden Leute in der KPD-O?

Die KPD-Opposition hat sich Ende 1928 gegründet. Ende 1923/Anfang 1924 wurde zum ersten Mal die deutsche KPD-Führung ausgewechselt. Heinrich Brandler, August Thalheimer und die so genannten Rechten wurden abgesetzt. Die neue Parteiführung verfolgte eine »ultralinke« Politik, gegen die sich die Rechten wandten.

Später, Anfang 1928, folgte ein Beschluss der Stalin- und der Thälmann-Fraktion, in dem erklärt wurde: Die »Rechten« sind die Hauptgefahr. Die meisten ihrer führenden Funktionäre mussten bis Ende 1928 gehen. Sie beschlossen, eine eigene Organisation zu gründen – keine Partei, sondern eine organisierte Strömung im Kommunismus: die KPD-O.

Ein zentraler Punkt in der Auseinandersetzung zwischen KPD und KPD-O war die Faschismusanalyse.

Das war eine der wesentlichen Leistungen der oppositionellen Kommunisten. Zu einer Zeit, in der alle anderen geschlafen oder die Augen verschlossen haben, legten sie eine hervorragende Faschismusanalyse vor. Hier wird der Faschismus als eine ambivalente Bewegung erklärt, die in Wirklichkeit die Interessen des deutschen Kapitalismus vertritt, die aber ihre Massenbasis bei den Deklassierten aller Klassen hat.

Diese Theorie hat gezeigt, dass der Nationalsozialismus eine Gefahr für alle ist und alle Arbeiterorganisationen existenziell bedroht. Im Programmentwurf der KPD-O von 1928 werden auch die Ziele der Nazis dargelegt: dass sie alle Organisationen verbieten und die bürgerliche Demokratie, die Presse-, die Demonstrationsfreiheit aufheben werden. Und dass der Nationalsozialismus die Absicht hat, Deutschland zu einer Weltmacht zu machen, was die Vorbereitung des zweiten Weltkrieges bedeutet.

Nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten 1933 mussten Sie aus Deutschland fliehen. Warum sind Sie nach Palästina gegangen?

Es gab kein Land, das einen jüdischen Kommunisten aufnehmen wollte. Selbst in die Sowjetunion konnte man nur gelangen, wenn die Partei das den Leuten in einem langen Verfahren genehmigt hatte. Für Palästina wurden jährlich 2 500 Einreiseerlaubnisse erteilt. Eine davon habe ich bekommen, und ich war zwei Jahre als Landarbeiter dort. Dann bin ich in die Tschechoslowakei, habe dort als Landarbeiter gearbeitet und angefangen zu studieren. Außerdem habe ich über die Grenze hinweg Kontakt zu meinen Freunden gehalten.

Warum sind Sie nach Europa zurückgekehrt?

Ich habe gedacht, dass der Nationalsozialismus nicht lange regieren wird. Ich wollte dabei sein, wenn in Deutschland wieder andere Verhältnisse kommen. Außerdem war ich kein Zionist und hatte nicht die Absicht, in Palästina zu bleiben. Ich hatte gehofft, wieder nach Deutschland einreisen zu können, was aber 1938 durch den Einmarsch der deutschen Truppen in die CSR verhindert wurde. Dann bin ich nach Schweden geflohen. Dort war ich bis Anfang 1946 und bin mit einer kleinen Gruppe von 30 freiwilligen Rückkehrern wieder nach Deutschland gekommen, auf demselben Schiff mit 30 Nazis, die gar nicht freiwillig zurückkehrten.

»Volk« und »Besatzer«

War es eine schwere Entscheidung, in welchem Teil Deutschlands Sie fortan leben wollten?

Nein. Ich habe wählen können zwischen Ost- und Westdeutschland, obwohl ich für Ostdeutschland damals noch die Erlaubnis der KPD benötigt hätte. Aber ich war mir darüber im Klaren, dass ein kritischer Kommunist in Westdeutschland mehr Chancen auf freie politische Betätigung hat als in Ostdeutschland.

Aus welchem Grund?

Weil wir den Stalinismus gekannt haben und wussten, was in der Sowjetunion in den dreißiger Jahren mit allen kritischen Leuten passiert ist, auch mit unseren Freunden. Es gab Prozesse gegen die »Brandleristen«, eine ganze Reihe von ihnen wurde in der Sowjetunion hingerichtet. Ich habe auch mit den KPD-O-Leuten gesprochen, die in Ostdeutschland eine große Rolle gespielt haben, bevor man sie abgesetzt hat. Sie konnten nur unter den Direktiven der Sowjets und unter der Kontrolle der Partei arbeiten. Das war nicht meine Absicht.

Der Vordenker der KPD-O, August Thalheimer, plädierte 1945 dafür, die »nationalen Interessen der deutschen Werktätigen« zu vertreten und wandte sich gegen die »sowjetische Besatzung«. Hatten Sie keine Bedenken, dass diese Forderungen nationalistische Stimmungen in der Bevölkerung ansprachen? Ein nicht geringer Teil der deutschen Bevölkerung war ja an den Verbrechen der Nazis beteiligt, der größte Teil hat sie widerstandslos gewähren lassen. Da traf der Ruf nach »Befreiung von Fremdherrschaft« sicher auf mehr Zustimmung als Forderungen nach Befreiung von Herrschaft an sich.

Ich sehe in diesen Forderungen Thalheimers keinen Nationalismus im Sinne des bürgerlichen Kapitalismus. Denn die deutschen Kapitalisten waren damals bereit, die Fremdherrschaft zu akzeptieren. Sie wussten, dass diese Fremdherrschaft den deutschen Kapitalismus konsolidiert und reetabliert. Das war der Sinn der amerikanisch-britisch-französischen Besatzung. Deutschland sollte wieder zur kapitalistischen Speerspitze gegen Osteuropa werden.

Eine solche Darstellung blendet die Tatsache aus, dass der Einmarsch der Roten Armee und der westlichen Alliierten weithin nicht als Befreiung, sondern als Besatzung wahrgenommen wurde.

Ich glaube, es ist heute schwer, sich die politische Atmosphäre von damals vorzustellen. Es gibt eine ganze Reihe Hinweise darauf, dass es durchaus ein revolutionäres Potenzial für eine sozialistische Veränderung in Europa gab. Thalheimers Forderung ging davon aus, dass die deutschen Arbeiter etwas tun, nämlich dass sie sich gegen die Demontage ihrer Arbeitsplätze wehren, damit sie den Sozialismus aufbauen können. Seine Forderungen waren proletarische.

Die deutschen Arbeiter sind zum Teil Nazis geworden, zu einem großen Teil aber nicht. Und an letztere hat sich Thalheimer gewandt. Nicht zu Unrecht ging er davon aus, dass die Besatzungsmächte hier eine Revolution verhindern und den Kapitalismus wieder aufbauen wollten.

Die Vorstellungen der deutschen Arbeiterschaft nach 1945 waren nicht gerade sozialistisch. Es gab auch kein Schuldbewusstsein. Hätten die Kommunisten nicht das thematisieren müssen, anstatt gegen »unrechtmäßige Besatzer«, egal ob Amerikaner oder Sowjets, zu agitieren?

Kritische Kommunisten wie Thalheimer und Brandler haben sich gewehrt gegen die Fremdherrschaft – sowohl der sowjetischen Roten Armee wie der westlichen Siegermächte, weil sie gesagt haben, dass damit das sozialistische Potenzial der deutschen Arbeiter behindert wird. Und es hat ja nicht bloß Nazis gegeben, es hat ja auch in vielen Orten antifaschistische Ausschüsse gegeben, bevor die Amerikaner kamen. Und diese antifaschistischen Ausschüsse wurden von den kapitalistischen Besatzungsmächten und von der sowjetischen Besatzungsmacht aufgelöst. Das waren Ausschüsse, die eine neue Einheit der Arbeiterklasse schaffen wollten, Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen.

Aber das war nur ein kleiner Teil innerhalb der Arbeiterschaft. Eine sehr fragile Grundlage, um darauf eine Gesellschaftsanalyse zu stützen und Forderungen abzuleiten.

Man weiß nicht, wie groß der Anteil war. Jedenfalls haben die Besatzungsmächte wie alle Besatzungsmächte diese Eigeninitiative der Arbeiter behindert, und die alliierten Besatzungsmächte haben den deutschen Kapitalismus rehabilitiert und konsolidiert, bis zur Wiederaufrüstung. Es gibt keinen deutschen Kapitalismus ohne Militarismus. Und deswegen waren diese nationalen Forderungen auch eindeutig gegen die deutschen Kapitalisten gerichtet.

Sie waren auch selbst schon bald wieder mit früher aktiven Nazis konfrontiert. Zum Beispiel als Sie ihre Dissertation 1955 an der Universität Hohenheim promovierten, wo sie später auch Professor für internationale vergleichende Agrarpolitik wurden.

Ich habe natürlich als Kommunist und als Jude eine ganze Menge Schwierigkeiten gehabt. Ich alleine kann den Nazismus in Deutschland und das, was dank unserer Besatzungsmächte übrig geblieben ist, nicht beseitigen. Ich habe Kollegen gehabt, die haben gesagt: »Ich war dumm und habe es nicht verstanden.« Das akzeptiere ich. Andere waren immer noch Nazis in ihrem Denken. Mit denen habe ich mich nie arrangieren können.

Was machen Sie heute?

Ich schreibe Bücher über die Geschichte des Kommunismus, über die Alternativen im Kommunismus. Mich beschäftigt die Frage, welche Alternativen es zum Stalinismus gegeben

hat, und ich will zeigen, dass der Kommunismus kein geschlossenes System, sondern ein Instrument zum Nachdenken und zur Analyse ist.

interview: thorsten fuchshuber und danièle weber

© Jungle World Verlags GmbH